

## G8 – Ursache, Probleme, Konsequenzen

In den letzten Jahren wurde in Deutschland heftig darüber diskutiert, ob Schülerinnen und Schüler das Abitur nach acht Jahren oder nach neun Jahren machen sollen. Nun scheint es auch im politischen Raum eine Rückbesinnung auf G9 zu geben. Die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) war schon immer gegen G8 für das Gymnasium und I8 bei der IGS. Der Philologenverband entdeckte seine Liebe zu G9 einen Tag nach den letzten Landtagswahlen.

Man fragt sich, warum so plötzlich, und nicht schon sehr viel früher, diese Diskussion erneut aufbricht. Dazu muss man ein wenig ausholen. Hintergrund ist ursprünglich der sog. Bologna-Prozess. Hier haben die Staaten ein Ziel formuliert, das durchaus erstrebenswert ist: den europäischen Hochschulraum. Es war Absicht, durch Angleichung der Studienstrukturen den Studierenden zu ermöglichen einige Semester im Ausland zu studieren unter Anerkennung der dort geleisteten Studienleistungen. Eine Konsequenz war, in Deutschland mit dem Bachelor-Master-System auf Studienstufen umzustellen. Interessanterweise beteiligen sich an diesem international üblichen Programm bestimmte Studiengänge nicht, wie zum Beispiel Medizin oder Rechtswissenschaften (siehe zu Jura die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD vom 11.11.2005, S. 124).

Nun musste die internationale Gemeinschaft noch festlegen, wer überhaupt den Bachelor studieren darf. Man einigte sich u.a. darauf, dass 12 Jahre Schulzeit nachgewiesen werden müssen. Diese Entscheidung hatte für Deutschland erhebliche Konsequenzen: Der übliche Zugang zur Hochschule läuft in Deutschland immer noch über das Abitur. Das Abitur hätte man aber nicht mehr gebraucht, wenn man bereits nach 12 Jahren Schulnachweis auf die Universität hätte wechseln können. Also war es nur konsequent, nun das Abitur nach 12 Jahren anzubieten. Unbekannt war ein solches Verfahren nicht: Eine erste systematische Verkürzung gab es bereits aus bekannten Gründen 1938 für die Schüler, 1941 für die Schülerinnen („Notabitur“).

Ein weiterer häufig genannter Grund für die Umstellung war die Tatsache, dass vor der „Wende“ die DDR, und danach zwei Bundesländer, die 1990 der Bundesrepublik Deutschland beigetreten sind, immer schon das Abitur nach 12 Jahren vergeben haben: Thüringen und Sachsen. Bei dieser Argumentation übersieht man allerdings, dass in der DDR die Kinder nicht nach der vierten beziehungsweise sechsten Klasse aufgeteilt wurden. Dies ist nämlich ein entscheidender pädagogischer Unterschied, da man bei Gesamtschulsystemen, die ab der ersten Klasse konzipiert sind, den Bildungsgang über 12 Jahre hin planen kann. (Dies ist in den Systemen, in denen die Kinder aufgeteilt werden, kaum möglich.) Heute findet man dieses Modell noch realisiert in der Berliner Gemeinschaftsschule. Zur Erinnerung: International wird das Abitur (sofern es dies gibt) auch nach 12 Jahren vergeben, diese Länder haben allerdings bis zum Ende der Mittelstufe keine gegliederten Schulsysteme (außer Österreich). International ist auch die Ganztagschulbetreuung die Regel, woraus sich mehr pädagogische Möglichkeiten ergeben.

Inzwischen haben die meisten Bundesländer ihr Schulsystem dahingehend umgestellt. Die KMK hat 256 Wochenstunden für acht Schuljahre auf dem Weg zum Abitur festgelegt. Logische Folge war eine Erhöhung der Wochenstundenzahlen für die Schüler mit kürzerer Schulzeit (bis zu 33 Stunden pro Woche). Man diskutierte stellenweise auch die Wiedereinführung des Unterrichts am Samstag.

Dieser neue Weg ist allerdings mit erheblichen Konsequenzen verbunden:

- Die Annahme, man könne den Schulstoff eines Schuljahres auf die übrigen Schuljahre verteilen, ist falsch. In allen Bundesländern ist zu beobachten, dass der Stoff nach erheblichen Protesten gekürzt wird. Dabei wurde insbesondere in Niedersachsen über Kürzung der musischen Fächer diskutiert, was gerade für Kinder aus unteren sozialen Schichten besonders nachteilig gewesen wäre.
- Das deutsche Abitur repräsentiert daher nicht mehr den Bildungsstand, der früher galt. Die Umstellung auf das Abitur nach 12 Jahren ist also eine Form des Bildungsabbaus und schädigt das Ansehen im Ausland. Das deutsche Abitur hatte bisher im Ausland nämlich einen ausgesprochen guten Ruf. Die Frage ist, ob zukünftig auch weiter so sein wird.
- Hinzu kommt, dass die Beschleunigung und Vorverlagerung des Unterrichtsstoffes nie vor dem Hintergrund entwicklungspsychologischer Erkenntnisse oder gar Ergebnissen der Hirnforschung diskutiert worden sind, also jede sog. didaktische Analyse ob und wie der Fachinhalt für die angezielte Altersgruppe optimal aufbereitet werden kann. Ein reines Verschieben von Inhalten nach unten widerspricht jeder erziehungswissenschaftlicher und didaktischer Erkenntnis.
- Auch fehlt die konsequente Übertragung dieses Verkürzungsgedankens auf die Sekundar-I-Abschlüsse (was wohl seinen Grund haben mag). Denn es ist überhaupt nicht einzusehen, dass ein angeblich so erfolgreiches Vorgehen der Schulzeitverkürzung nur für das Abitur Geltung haben soll. Warum sollte also nicht ein sehr guter Schüler bereits nach neun Jahren den Qualifizierten Sekundarabschluss I ablegen können?
- Die Schulzeitverkürzung kollidiert zudem mit dem Ziel, die Abiturientenquote zu erhöhen. Die Abiturquote in der DDR (mit Abitur nach 12 Jahren) lag 1989 übrigens mit 15% unter dem Ausmaß der BRD mit rund 20%. Wenn man (wie politisch gewollt) die Abiturquote auf 40 % erhöhen will, dann wird die schwieriger bei einer verkürzten Schulzeit.
- Die Politik wird unglaublich: Wie kann es sein, dass man über Jahrzehnte das Abitur mit guten Gründen nach 9 Jahren vergab, um nunmehr plötzlich zur Erkenntnis zu gelangen, dass dies nach acht Jahren möglich sei? Hat man sich die ganze Zeit geirrt? Hatten die Schülerinnen und Schüler zu viel Freizeit? Wurde über Jahrzehnte unsinniger Unterrichtsstoff gelehrt?

Durch diese Entscheidung und der gleichzeitigen Einführung eines Bachelor-Studienganges erreichte man tatsächlich, dass die Ausbildungszeiten in Deutschland verkürzt wurden. Anscheinend ist die Forderung nach einer Verkürzung der Schul- beziehungsweise Hochschulzeit immer wieder aus der Wirtschaft gekommen. Inzwischen kann man diesbezüglich nichts mehr vernehmen. Woran liegt das? Es liegt daran, dass nun auch die Wirtschaft erkennt, dass eine Verkürzung von Ausbildungszeiten zu Absolventinnen und Absolventen führt, die weniger Kompetenzen mitbringen. Nicht zuletzt sind die jungen Leute weniger lebenserfahren als die Generationen zuvor. Mit dem allgemeinen Begriff Lebenserfahrung sind aber Kompetenzen verbunden, die auch Arbeitgeber und Universitäten schätzen. Erstsemester müssen mit ihren Eltern an die Unis kommen, weil sie sich nicht einmal alleine immatrikulieren können.

Man hört in jüngster Zeit, dass die in G8 und G9 erlangten Abiturnoten in etwa auf gleicher Höhe lägen. Dies wird als Nachweis dafür gesehen, dass die Einführung des G8 keine negativen Effekte gehabt hätte. Hier liegt allerdings ein Trugschluss vor: Es wurde nicht

überprüft, was die Schülerinnen und Schüler *insgesamt* in der Schule gelernt haben, sondern nur das, was vorher als relevanter Prüfungsinhalt festgelegt wurde.

Selbstverständlich schneiden Achtklässler und Mathematikprofessoren gleich ab, wenn nur eine einfache Frage zum Dreisatz gestellt wird. Der Vergleich ist also nicht zulässig und daher irreführend.

Die zentrale Frage der Zukunft muss doch sein, wie die Schülerinnen und Schüler bzw. Studierenden auf die neue Situation reagieren. Hierzu gilt es Folgendes anzumerken:

- Das Lernverhalten der Studierenden ändert sich zu ihrem Nachteil: Während man früher Zeit hatte, eine Sache tief zu durchdringen (was nicht immer gelang, aber gemeinhin zur Bildung gehört), grassiert an deutschen Universitäten nun mehr das so genannte Bulimie-Lernen. Ein Studierender orientiert sich an der nächsten Klausur, lernt fleißig dafür, absolviert die Klausur, um danach sich möglichst schnell den neuen Prüfungsleistungen zuzuwenden. Dadurch wird ein Lernverhalten induziert, das später im Arbeitsleben eher nachteilig ist. Das Tragische daran ist, dass dieses Lernverhalten durch das G8 sogar noch vorbereitend geübt wird unter der Flagge der Propädeutik.
- Eine der Möglichkeiten, die eigene Schülerleistung zu verbessern, ist die Nachhilfe. Hierbei geht man (durchaus sinnvoll), von der Annahme aus, dass eine Erhöhung (!) der Lernzeit und eine verstärkte Individualisierung die Ergebnisse verbessert. Im Einzelfall bedeutet dies, dass ein Schüler mit einer Wochenstundenanzahl von 33 noch zusätzlich Nachhilfe erhält. Man könnte jetzt süffisanterweise fragen, warum der Staat Schulversagen zulässt und eine Erhöhung der Lernzeit für den Einzelnen und eine verstärkte Individualisierung noch nicht flächendeckend als Fördermittel akzeptiert hat. In anderen Ländern, zum Beispiel Finnland, gibt es so gut wie keine Nachhilfe. Der Grund liegt darin, dass die Eltern davon ausgehen, dass der Staat für eine optimale Leistungsentwicklung der Schülerinnen und Schüler verantwortlich ist. Die Nachhilfe ist schon längst das große Unterstützungssystem der staatlichen und privaten Schulen geworden. Insbesondere die Schülerinnen und Schüler, die höhere Abschlüsse verfolgen, erhalten in den „anstrengenden“ Fächern, wie zum Beispiel Mathematik, vermehrt Nachhilfe. Dies bedeutet zum einen, dass das staatliche Schulwesen schon teilprivatisiert ist. Zum anderen bedeutet dies aber auch, dass das staatliche Schulsystem, was die Qualität der Abschlüsse angeht, ohne Nachhilfe schon längst zusammengebrochen wäre. Dies deutet auf eine gewisse Verlogenheit des deutschen Schulsystems hin: Zum einen wird ein Pflichtsystem eingerichtet (in der BRD ist Schule ja nicht freiwillig), zum anderen werden Ziele formuliert, die von vielen Schülerinnen und Schülern auf dem normalen Wege gar nicht zu erreichen sind. Ohne Nachhilfe wären die ohnehin schon (international verglichen) geringen Abiturzahlen noch geringer. Vor diesem Hintergrund ist auch die Verkürzung der Schulzeit an den Integrierten Gesamtschulen kaum zu verstehen: Da die IGS richtigerweise keine Selektionsmechanismen kennt wie zum Beispiel das Gymnasium, war sie unter der Vorgängerregierung in Niedersachsen benachteiligt.
- Die Schülerinnen und Schüler, die lange Anfahrtszeiten in Kauf nehmen müssen, werden unter der Schulzeitverkürzung besonders leiden: Sie müssen freiwillige Angebote wie zum Beispiel Musikschule, Sportverein usw. reduzieren, weil sie nun noch viel später nachhause kommen.
- Viele der Schülerinnen und Schüler, die im mittleren und unteren Leistungsbereich liegen, werden auf freiwillige Aktionen in der Schule verzichten. Dazu gehören zum Beispiel der Chor, die Bigband, das freiwillige Fußballturnier und viele andere Dinge mehr. (Diese Effekte sind auch in dem Bachelorstudium zu beobachten:

- Ehrenamtliche oder hochschulpolitische Tätigkeiten werden massiv zurückgefahren).
- Schon seit Jahren ist so, dass immer weniger männliche Schüler das Abitur machen. Gründe hierfür sind sicherlich vielfältig. Eines ist aber sicher: Die Verkürzung der Schulzeit wird die männlichen Schüler noch stärker benachteiligen. Die männlichen Schüler entwickeln sich gegenüber den weiblichen zeitlich verzögert. Der daraus resultierende Unterschied gleicht sich erst am Ende der Pubertät (bei Spätzündern noch später) zwar wieder aus. Wie man vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis den Weg zum Abitur beschleunigen kann, ist vor den Erfahrungen von 40 Jahren Gleichstellungspolitik, die ja nicht einseitig gerichtet sein soll, nicht mehr nachzuvollziehen.

Das Bedauerlichste an diesem ganzen Vorgehen ist die erneute Erkenntnis, dass derartige massive Eingriffe in ein bestehendes Schulsystem nicht in Ruhe vorher durchdacht werden und/oder mithilfe von Szenariotechniken (z.B. mit Lehrkräften, Eltern, Schülern) simuliert wird, was passieren könnte. Die Verantwortlichen in der Politik sind teilweise in Schnellschüssen zu Entscheidungen gekommen, die hinterher wieder notdürftig repariert werden, ohne das grundlegende Problem zu lösen.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus? Welchen Weg soll man wählen? Ist ein Kompromiss sinnvoll? Es gab vorher bereits Versuche, in einem Gymnasium sowohl das Abitur nach acht Jahren als auch nach neun Jahren anzubieten (Baden-Württemberg). Sie ergaben sich allerdings Probleme, weil man zwei parallel laufende Züge innerhalb einer Schule implementierte. Dies verhinderte das Gemeinschaftsdenken bei den Schülerinnen und Schülern. Es wäre aber denkbar, ein Modell zu implementieren, welches in Norwegen vorgedacht ist: In der gymnasialen Oberstufe (und nur dort!) werden flexibel Zeitschienen zum Abitur ermöglicht. Da die Oberstufe sowieso ein Kurssystem ist, wäre es denkbar, den Schülern, die hohe Schulleistungen bringen, das Abitur schneller zu geben. Diese Schülerinnen und Schüler müssen einfach mehr Kurse als ihre Mitschülerinnen und Schüler belegen. Denkbar wäre auch, dass ein dritter Weg eröffnet wird: das Abitur nach zweieinhalb Jahren Verweildauer in der Oberstufe. Dieses Verfahren wurde bereits erfolgreich in Rheinland-Pfalz getestet. Oder man siehe nach Berlin, wo geplant war, dass man das Abitur auch nach 11 Jahren absolvieren kann. Generell geht es also darum, die Oberstufe zur Flexibilisierung zu verhelfen, wobei der schnelle Schüler schnell zum Abitur kommt, andere Schüler aber etwas mehr Zeit erhalten, das gleiche Ziel zu erreichen. Auf die Lebenszeit gerechnet ist dann der zeitliche Unterschied sowieso zu vernachlässigen. Es zeigt sich erneut: Bildung braucht Zeit.

Univ.-Prof. Dr. Matthias von Saldern  
Kieselweg 9  
21335 Lüneburg  
office@matthias-von-saldern.de